

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Janina Anderka (WLS Neumünster)

Titel: Ä1 zu 95A6: Anwesenheit erzwingen ist autoritär
– Schulpflicht durch Bildungspflicht ersetzen

Antragstext

Von Zeile 11 bis 12 einfügen:

Lernorte, digitale Formate, projektbasiertes Lernen und selbstorganisierte Bildungswege anerkennt. Daher fordert das Landesschüler*innenparlament die Weiterentwicklung der Schulpflicht im Rahmen der Landesverfassung hin zu einer flexibilisierten Schulpflicht, welche alternative Lernorte, digitale Formate, projektbasiertes Lernen und selbstorganisierte Bildungswege innerhalb des staatlichen Schulsystems stärkt und rechtssicher anerkennt.

Begründung

Zur Wahrung der Verfassungskonformität. Eine vollständige Abschaffung der Schulpflicht verstößt direkt gegen **Artikel 11 Absatz 1 der Landesverfassung Schleswig-Holstein** sowie gegen den staatlichen Erziehungsauftrag aus **Artikel 7 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG)**. Um die politische Durchsetzbarkeit der Forderung gegenüber dem Ministerium und dem Landtag zu wahren, muss die Reform *innerhalb* des verfassungsrechtlichen Rahmens durch eine Flexibilisierung des bestehenden Systems stattfinden.